

Haushaltsbrief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

November 2019

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

in dieser Woche hat der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt 2020 beschlossen. Schwerpunkte sind entsprechend der für unser Land bestehenden Herausforderung innere und äußere Sicherheit, Klimaschutz, Bildung und Forschung und sozialer Zusammenhalt. Insgesamt belaufen sich die Ausgaben des Bundes 2020 auf 362 Mrd. Euro. Dabei stärken wir insbesondere die Wachstumskräfte mit Investitionen in Höhe von 43 Mrd. Euro auf ein Rekordniveau. Wir stellen damit wichtige Weichen, um unser Land fit für die Zukunft zu machen.

Wir bringen die Ausgaben für Bildung und Forschung auf einen neuen Höchststand von 18,3 Mio. Euro. Wir bekämpfen die Gefahren des Rechtsterrorismus mit deutlich mehr Stellen in den Sicherheitsbehörden. Wir werden unserer internationalen Verantwortung in der NATO durch höhere Verteidigungsausgaben gerecht. Die NATO-Quote steigt 2020 auf 1,42 Prozent des BIP. Wir verwenden mehr als die Hälfte des Bundeshaushalts für die soziale Sicherung in Deutschland, darunter mehr als 100 Mrd. Euro für den Zuschuss an die Rentenversicherung.

Mit dem Haushalt schaffen wir Rahmenbedingungen, damit unser Land gut in das nächste Jahrzehnt startet. Denn es gilt: Eine gute Wirtschaftspolitik ist zugleich auch die beste Sozialpolitik. Nur wer erfolgreich wirtschaftet, kann etwa Schwächere unterstützen. Diesem Grundsatz fühlen wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion verpflichtet. Bereits seit 2014 kommt der Bundeshaushalt ohne neue Schulden aus; das bleibt auch mit dem Bundeshaushalt 2020 so. Die Schuldenstandsquote wird daher voraussichtlich unter dem Schwellenwert von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen und damit seit 2002 erstmals wieder die europäischen Stabilitätskriterien einhalten. Finanzielle Solidität und Berechenbarkeit sind und bleiben Markenzeichen der Union.



Mit den Parteitag der CSU im Oktober in München und der CDU in Leipzig zeigt sich die Union handlungsfähig und geschlossen. Wir haben klar gestellt, dass wir uns in keine Personaldiskussion hineintreiben lassen.

In der Koalition, und vor allem auch in der Fraktion, haben wir in den letzten Monaten sehr viel umgesetzt. Es ist nun an der Zeit, auf die Ergebnisse unserer Arbeit aufzubauen. Wir müssen uns noch stärker auf die Sacharbeit konzentrieren. Damit werden wir unserem Anspruch gerecht, Antworten auf die Zukunftsfragen zu finden: Digitalisierung, Wertschöpfung und Wirtschaften in der Welt von morgen, Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur, aber auch die Bewahrung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft verdienen und benötigen unsere volle Aufmerksamkeit. Wie gewährleisten wir innere und äußere Sicherheit in einer unsicherer gewordenen Welt? Als Union werden wir darauf politische Antworten finden.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Bundeshaushalt 2020 • Compact with Africa • Zahlen und Fakten

2./3. Beratung:

Haushalt 2020

Am 14./15. November konnte die Koalition im Haushaltsausschuss den Entwurf des Bundeshaushalts 2020 in der sogenannten Bereinigungssitzung abschließen. In dieser Woche stand nun der Bundeshaushalt 2020 zur abschließenden Beratung auf der Agenda des Deutschen Bundestages. Im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen wurden wichtige Änderungen am Regierungsentwurf vom 26. Juni 2019 und dem Ergänzungshaushalt vom 2. Oktober 2019 vorgenommen. Allein in der Bereinigungssitzung wurden rund 350 Anträge der Koalition beschlossen. Beispielhaft sind die folgenden Schwerpunkte aus den parlamentarischen Beratungen aufgeführt:

Klimaschutz

Mit dem Bundeshaushalt 2020 setzen wir die Beschlüsse der Bundesregierung zum Klimaschutzprogramm 2030 um. Der Umsatzsteuersatz für Bahnfernreisen wird von 19 auf 7 Prozent verringert. Die Luftverkehrsteuer wird erhöht. Wir stellen rund 7 Mrd. Euro im Energie- und Klimafonds (EKF) für Förderprogramme zur CO₂-Minderung zur Verfügung, u.a. für die energetische Gebäudesanierung, zum Heizungstausch, für die Ladesäuleninfrastruktur, die erhöhte Elektroauto-Prämie sowie die Batterie- und Wasserstoff-Forschung.

Neu gegenüber dem Ergänzungshaushalt der Bundesregierung sind die folgenden Programme: Wasserstoffeinsatz in der Industrieproduktion (445 Mio. Euro bis 2024), Antriebstechnologien und moderne Kraftstoffe für die Luftfahrt (200 Mio. Euro für 2020 und 2021), Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel (100 Mio. Euro bis 2023), hybrid-elektrisches Fliegen (75 Mio. Euro bis 2024) und

das Innovationsprogramm moderne Energien für KMU (46,5 Mio. Euro bis 2023). Dafür sind einige Umschichtungen zwischen dem EKF und dem Bundeshaushalt vorgenommen worden, die zu einer Erhöhung des Bundeszuschusses an den EKF um 146 Mio. Euro führen.

Darüber hinaus stellen wir 600 Mio. Euro zusätzlich für den internationalen Klimaschutz bereit, davon 500 Mio. Euro im Bereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie 100 Mio. Euro im Bereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU). Zur Erhöhung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn AG wird aus dem Einzelplan des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) eine Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Bis 2030 wird das Eigenkapital um jeweils eine weitere Mrd. Euro pro Jahr aufgestockt. Für die Förderung des Exports von Technologie zur Bekämpfung von Plastikmüll werden zusätzlich 15 Mio. Euro bis 2023 aus dem Einzelplan des BMU bewilligt.

Innere Sicherheit, Zoll und Justiz

Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) erfährt der Bereich der inneren Sicherheit einen Stellenzuwachs von insgesamt 3.908,5 Stellen. Davon bekommt die Bundespolizei 2.150 zusätzliche Stellen. Allein in der Bereinigungssitzung wurden 757,5 zusätzliche Stellen beschlossen. Um Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus wirksam zu bekämpfen, erhalten das Bundeskriminalamt 300 neue Stellen und das Bundesamt für Verfassungsschutz weitere neue Stellen. Für den Erwerb von Transporthubschraubern bekommt die Bundespolizei eine Finanzierungszusage von 1,7 Mrd. Euro bis 2031. Das erfolgreiche KfW-Programm „Kriminalprävention durch

Einbruchsicherung“ wird mit einem Programmvolumen von 80 Mio. Euro fortgesetzt.

Die Zollverwaltung, die dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) untersteht, wird 2020 mit rund 650 zusätzlichen Stellen gestärkt.

Der Bund hält seine Zusagen zum „Pakt für den Rechtsstaat“ ein. Die Länder erhalten 110 Mio. Euro für das Jahr 2020, um ihre Gerichte und Justizbehörden weiter zu stärken.

Bau und Sport

Das Bauprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ wird um insgesamt 332 Mio. Euro aufgestockt.

Die Sportfördermittel hat die Koalition im parlamentarischen Verfahren um gut 33 Mio. verstärkt, u. a. für die Errichtung und Ausstattung von Sportstätten für die Ski-Weltmeisterschaft in Oberstdorf 2021, die Biathlon-Europameisterschaft im Bayerischen Wald 2022 und die Biathlon- und Rodel-Weltmeisterschaft in Oberstdorf 2023, darüber hinaus auch für zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des nicht-olympischen Sports. Nach den hohen Mittelaufwüchsen im Sportbereich in den vergangenen Jahren stärken wir im BMI die Sportabteilung mit zusätzlichen Stellen.

Verkehr

Der Etat des BMVI wird 2020 um 175 Mio. Euro auf 31,0 Mrd. Euro angehoben. Für die Verbesserung der Attraktivität und Barrierefreiheit von Bahnhöfen stellt der Bund zusätzlich rund 303 Mio. Euro zur Verfügung. Für das europäische Erdbeobachtungssystem Copernicus sind 594 Mio. Euro bis 2028 vorgesehen. Nachdem für die sogenannte Games-Förderung im Regierungsentwurf noch keine Mittel vorgesehen waren, sind jetzt für die Jahre 2020 bis 2023 insgesamt 200 Mio. Euro eingeplant. Die Länder erhalten für Investitionen in den Radverkehr durch das Sonderprogramm „Stadt und Land“ rund 637 Mio. Euro in den folgenden Jahren.

Wirtschaft und Strukturwandel

Der Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) ist gegenüber dem Regierungsentwurf um rund 217 Mio. Euro angehoben worden. Die Mittel für das Nationale Weltraumprogramm werden – anders als in den Medien behauptet – um 11 Mio. Euro auf über 308 Mio. Euro erhöht. Für die Ergänzung des bestehenden Raumfahrttestzentrums um eine Testanlage für optische Satelliten werden in den kommenden Jahren insgesamt gut 230 Mio. Euro bereitgestellt. Für den Strukturwandel in den Kohleregionen werden zu-

sätzliche Mittel in Höhe von 500 Mio. Euro und damit insgesamt 1 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Der Ansatz für die industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) wird um 3 Mio. Euro auf 180 Mio. Euro erhöht. Schließlich werden mit dem DLR-Institut für Maritime Energiesysteme am Standort Geesthacht und dem DLR-Institut für System Engineering für zukünftige Mobilität in Oldenburg zwei neue DLR-Institute gegründet.

Landwirtschaft

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) erhält zusätzliche Haushaltsmittel im Umfang von rund 59 Mio. Euro. Die Ackerbaustrategie wird in den nächsten drei Jahren um 22 Mio. Euro und die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz im Bereich „Nährstoffmanagement“ um 48 Mio. Euro aufgestockt. Wegen der schwierigen Situation in der Ostseefischerei werden zusätzlich 4 Mio. Euro als Maßnahmen zur Anpassung und Entwicklung der Fischereiflotte bereitgestellt.

Bildung und Forschung

Der Einzelplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erreicht mit 18,3 Mrd. Euro eine neue Rekordhöhe. Der Regierungsentwurf hatte noch eine Kürzung der Ausgaben um 70 Mio. Euro gegenüber 2019 enthalten. Diese war insbesondere darauf zurückzuführen, dass der Bund keine Kompensationsmittel mehr an die Länder für die früheren Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau und Bildungsforschung zahlt (715 Mio. Euro). Durch zusätzliche Ausgaben, allein im Rahmen der Bereinigungssitzung in Höhe von 82 Mio. Euro, steigt der Etat jetzt auch in absoluten Zahlen.

Darüber hinaus werden für den Digitalpakt Schule zusätzlich 222 Mio. Euro in das Sondervermögen „Digitalfonds“ eingestellt. Damit wird der von den Ländern angemeldete Bedarf finanziell unterlegt.

Für den Bereich „Künstliche Intelligenz“ ist die zweite Tranche von insgesamt 500 Mio. Euro aus dem Einzelplan 60 (Barmittel von 125 Mio. Euro für 2020 und Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre von 375 Mio. Euro) auf die einzelnen Ressorts verteilt worden. Dabei entfallen auf das Bundeskanzleramt 10 Mio. Euro, auf das BMI 6,75 Mio. Euro, das BMJV 5 Mio. Euro, das BMF 30 Mio. Euro, das BMWi 131 Mio. Euro, das BMEL 18 Mio. Euro, das BMAS 60,925 Mio. Euro, das BMVI 40 Mio. Euro, das BMG 30 Mio. Euro, das BMU 20 Mio. Euro, das BMFSFJ 12,5 Mio. Euro und das BMBF 154,5 Mio. Euro.

Verteidigung

Der Etat des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) wird um weitere 137 Mio. Euro auf 45,1 Mrd. Euro erhöht. Die zusätzlichen Mittel werden für die Beteiligung am NATO-Programm Enhanced Forward Presence in Litauen und für die Beschaffung neuer Munition verwendet. Die NATO-Quote steigt im Jahr 2020 auf 1,42 Prozent des BIP. In den Folgejahren sieht der bisherige Finanzplan von Bundesfinanzminister Olaf Scholz ein Absinken der NATO-Quote unter 1,3 Prozent vor. Um das vereinbarte Ziel von 1,5 Prozent des BIP bis 2024 zu erreichen, ist ein erheblicher Aufwuchs des Etats in den folgenden Jahren erforderlich.

Auswärtiges Amt und Entwicklungszusammenarbeit

Für das Auswärtige Amt (AA) und BMZ haben wir in den parlamentarischen Beratungen gegenüber dem Regierungsentwurf einschl. dem Ergänzungshaushalt zusätzlich gut 200 Mio. Euro bereitgestellt. Für die Humanitäre Hilfe stehen dem AA nunmehr 60 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung. Im Bereich des BMZ haben wir eine Umschichtung zugunsten höherer Beiträge für multilaterale Organisationen sowie für multilaterale Hilfen zum weltweiten Umweltschutz, zur Erhaltung der Biodiversität und zum Klimaschutz vorgenommen.

Soziales und Gesundheit

Im Einzelplan des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), das mit 150,2 Mrd. Euro auch weiterhin den größten Etat bildet, sind bei den gesetzlichen Sozialleistungen Anpassungen aufgrund der Herbstprojektion vorgenommen worden. Die Ansätze für das Arbeitslosengeld II werden um 700 Mio. Euro und für die Kosten der Unterkunft im SGB-II-Rahmen um 800 Mio. Euro erhöht. Dabei sind auch höhere Erstattungszahlungen an die Kommunen für die vollständige Übernahme der Wohnungskosten anerkannter Asylbewerber durch den Bund enthalten. Der Bundeszuschuss an die Rentenversicherung ist um 136 Mio. Euro erhöht worden und übersteigt mit 102 Mrd. Euro erstmals die Schwelle von 100 Mrd. Euro. Zudem stellt der Bund im Jahr 2020 Mittel bereit, um eine Förderung der flächendeckenden Versorgung mit Abonnementzeitungen zu ermöglichen.

Der Etat des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) wird 2020 um weitere 25 Mio. Euro auf 15,4 Mrd. Euro angehoben. Das Bauvorhaben Universitäres Herzzentrum Berlin erhält zusätzliche Finanzierungszusagen (Verpflichtungsermächtigungen) in Höhe von 100 Mio. Euro. Für die gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere zum Thema Impfen, stellen wir bis 2023 insgesamt knapp 10 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung. Für die Kofinanzierung der Konzeptentwicklung des

sog. Landärzteprogramms an Hochschulen sowie für das Projekt Praxis ohne Grenzen stehen bis 2023 zusätzlich rund 19 Mio. Euro bereit. Beim Robert-Koch-Institut werden die Mittel für die Ausstattung und Weiterentwicklung der „Einsatzgruppe Bio“ um gut 3 Mio. Euro bis 2023 erhöht.

Familienpolitik

Im Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frau und Jugend (BMFSFJ) stellt die Koalition zusätzlich 251 Mio. Euro zur Verfügung, so dass das Ausgabevolumen auf rund 12,1 Mrd. Euro steigt. Den Ansatz für den Unterhaltsvorschuss für alleinerziehende Elternteile hat die Koalition um 148 Mio. Euro erhöht. Für die Freiwilligendienste werden insgesamt 50 Mio. Euro zusätzlich bereitgestellt. Damit ist die Kürzung im Regierungsentwurf gegenüber dem Vorjahr korrigiert worden. Die Mehrgenerationenhäuser werden mit zusätzlich rund 5,5 Mio. Euro gefördert. Für das zivilgesellschaftliche Engagement, etwa das Programm „Menschen stärken Menschen“, werden zusätzlich 10 Mio. Euro bereitgestellt. Das Programm „Demokratie leben!“ zur Extremismusprävention erhält zusätzlich 8 Mio. Euro.

Kultur

Der Kulturetat steigt um über 100 Mio. Euro auf knapp 2 Mrd. Euro. Insbesondere wird das Denkmalschutzsonderprogramm mit einem Niveau von 30 Mio. Euro fortgeführt. Die Zuschüsse für investive Kulturmaßnahmen bei Einrichtungen im Inland werden gegenüber dem Regierungsentwurf um 55 Mio. Euro im Jahr 2020 angehoben. ■

Compact with Africa:

Afrikanische Staats- und Regierungschefs zu Gast

Auf Einladung der Bundesregierung waren in der vergangenen Woche zwölf Staats- und Regierungschefs afrikanischer Staaten zu Gast in Berlin, um über die Fortschritte und notwendige Maßnahmen zu beraten, um den Compact with Africa zum Erfolg zu führen. Als Berichterstatter meiner Fraktion für zahlreiche Staaten West- und Zentralafrikas im Auswärtigen Ausschuss freue ich mich, dass Deutschland auch über die eigene G20-Präsidentschaft hinaus Verantwortung für Afrika übernimmt, Vertrauen aufbaut, Beziehungen knüpft, um wirtschaftlich kooperieren und den afrikanischen Staaten unter die Arme greifen zu können. In den letzten Jahren beobachten wir – trotz zum Teil massiven Wachstums – fehlende Investitionen in Afrika. Vor allem fehlende Sicherheit und Investitionsschutz sind große Probleme vor Ort.

Auch um dieses Problem zu beheben, fand in Berlin deshalb eine Investorenkonferenz statt.

Deutschland hat zudem einen Investitionsfonds aufgelegt, der auf drei Säulen beruht. AfricaConnec zielt darauf ab, Investitionen europäischer Unternehmen in Afrika durch gezielte Finanzierungsangebote zu fördern. Das Wirtschaftsnetzwerk Afrika dient deutschen Unternehmen mit individueller Beratung zu Fördermöglichkeiten sowie zur wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen afrikanischen Ländern. Der Entwicklungsinvestitionsfonds Africa Grow bietet KMU und Start-ups in Afrika eine Möglichkeit, besser an finanzielle Mittel zu kommen. Hinzu kommt, dass die Konditionen für Exportgarantien und Investitionsgarantien attraktiver gestaltet wurden.

Aus Afrika gab es zuletzt aber auch ermutigende Zeichen, beispielsweise bei der Schaffung einer afrikanischen Freihandelszone. Auch die Gemeinschaftsaktion „Smart Africa Initiative“, mit der die Digitalisierung und der digitale Binnenmarkt vorangetrieben werden sollen, gilt es hervorzuheben. Afrika ist auf einem guten Weg, bedarf aber auch weiterhin unserer partnerschaftlichen Unterstützung. ■

Zahlen und Fakten I:

Bundeskanzler Kohl legt 10-Punkte-Programm vor

Am 28. November 1989 stellte Bundeskanzler Helmut Kohl im Bundestag sein "Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas" vor. Er beteuerte, dass die Deutschen, die jetzt im Geist der Freiheit wieder zusammenfinden, niemals eine Bedrohung sein würden. Vielmehr werde Deutschland ein Gewinn für das immer weiter zusammenwachsende Europa sein. Ganz am Schluss seiner Rede betonte der Kanzler, die Wiedervereinigung Deutschlands sei das politische Ziel seiner Regierung. Obwohl Kohl in keinem Punkt über bereits Bekanntes und über wiederholt geäußerte Standpunkte der Bundesregierung und der Union hinausging, rief sein Programm ein gewaltiges Echo hervor, auch im Ausland. Kohl hatte damit gebrochen, regierungsoffizi-

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel 030/227-75549
markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de

ell nur zurückhaltend über das Ziel Wiederherstellung der deutschen Einheit zu sprechen. Das Thema stand nun eindeutig auf der aktuellen politischen Tagesordnung. Der Bundeskanzler hatte so die Meinungsführerschaft in der deutschen Frage übernommen - nicht zuletzt, weil er wie wohl kein anderer die Stimmung in der DDR-Bevölkerung erfasst hatte. Einen Tag nach der Initiative des Kanzlers verkündeten die USA ihre grundsätzliche Unterstützung des deutschen Einigungsprozesses. (Quelle: KAS; Bundesregierung.de) ■

Zahlen und Fakten II:

Bonn – die provisorische Bundeshauptstadt?!

Am 29. November 1949 erklärte der Bundestag Bonn zur provisorischen Hauptstadt der Bundesrepublik. Mit 200 zu 179 Stimmen entschied sich der Bundestag relativ knapp gegen den Vorschlag der SPD-Fraktion und einiger CDU- und FDP-Abgeordneter, Frankfurt am Main zum vorläufigen Sitz der Bundesorgane zu machen. Eigentlich war Frankfurt am Main wegen seiner Lage an einem Schnittpunkt der drei westlichen Besatzungszonen und der für die Tradition der deutschen Demokratie wichtigen Paulskirche Favorit gewesen. Allerdings schien Bonn besser die Vorläufigkeit eines „Weststaates“ zu symbolisieren. Gleichzeitig mit der Entscheidung für Bonn wurde auch festgelegt, dass die „leitenden Bundesorgane [...] ihren Sitz in die Hauptstadt Deutschlands, Berlin [verlegen], sobald allgemeine, freie, gleiche, geheime und direkte Wahlen in ganz Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone durchgeführt sind.“ Am 20. Juni 1991 wurde dieser Umzug vom Rhein an die Spree nach der Wiedervereinigung endgültig beschlossen. (Quelle: Bundestag.de) ■

Zahlen und Fakten III:

Viele Ausländische Studenten im Osten Deutschlands

Der höchste Anteil an Studenten, die aus dem Ausland nach Deutschland kommen, um zu studieren, ist in Berlin, Sachsen und Brandenburg. In Berlin ist der Anteil mit 13 Prozent aller Studenten am höchsten, wobei Sachsen mit 12 Prozent unmittelbar anschließt. Am niedrigsten ist dieser Wert in Schleswig-Holstein mit 5 Prozent, was ungefähr dem OECD-Durchschnitt von 5,8 Prozent entspricht. Alle anderen Bundesländer lagen über diesen Durchschnitt, was ein deutlicher Indikator für die Attraktivität des Bildungsstandortes Deutschland ist. (Quelle: DeStatis) ■